

Inhaltsverzeichnis

zur Anlage bezüglich Beschwerden, Einsprüchen und Widersprüchen an BRD-Organen

Rechtslage Deutschland in 2013 betrogen im Reich

Überleitungsvertrag und „Feindstaatenklauseln“ im Lichte der völkerrechtlichen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung

Punkt 01: Die Kapitulation

Punkt 02: Beschlagnahme des Deutschen Reiches mit Fortbestand

Punkt 03: Militärregierung (SHAEG-Gesetze) und Siegerjustiz

Punkt 04: Besatzungsvorbehalt

Punkt 05: Schaffung eines Besatzungsstrukts BRD

Punkt 06: Berlin ist kein BRD-Bundesland

Punkt 07: Schaffung eines Besatzungsstrukts DDR

Punkt 08: Oktroyiertes Grundgesetz ist Besatzungsrecht und keine Verfassung

Punkt 09: Besatzungsstruktur BRD eignet sich völkerrechtswidrig Staatsvolk an

Punkt 10: Besatzungsstruktur annektiert Reichsteilgebiete und -vermögen

Punkt 11: Mitgliedschaft der BRD in der UNO in Feindschaft zum Deutschen Reich

Punkt 12: Irreführung der 2plus4-Verhandlungspartner durch BRD-Organen

Punkt 13: Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD ist nichtig

Punkt 14: Verträge zur Regelung bestimmter Fragen sind nichtig

Punkt 15: Ein Friedensvertrag für Deutschland wird umgangen

Punkt 16: Die vorgesehene Verfassung für Deutschland wird verhindert

Punkt 17: GG Art. 23 wird mit Wirkung zum 18.07.1990 aufgehoben

Punkt 18: Die BRD ist nach GG Art. 139 weiterhin nicht souverän

Punkt 19: Der Beitritt der neuen Bundesländer nach GG Art. 23 war nicht möglich

Punkt 20: Die neuen Länder gab es völkerrechtlich am 03.10.1990 noch nicht

Punkt 21: BRD- und DDR-Einwohner sind Staatsangehörige des Deutschen Reiches

Punkt 22: Die BRD ist völkerrechtlich mangels Staatsangehörigen erloschen

Punkt 23: Die BRD will mit allen Mitteln die Handlungsfähigkeit des DR verhindern

Punkt 24: Das Grundgesetz wird rechtsstaatswidrig zur Verfassung umgedeutet

Punkt 25: BRD verwendet illegales Reichswappen und -Gesetze zur Irreführung

Punkt 26: Das Wahlrecht zum Bundestag und die Gesetzgebung sind illegal

Punkt 27: Der Wesensinhalt des Grundgesetzes in der BRD wird beseitigt

Punkt 28: Die Normallage ist in der BRD weggefallen, Rechtsbehelfe sind nutzlos

Punkt 29: Die Verweigerung der Rechtsstaatlichkeit verstößt gegen EU-Recht

Punkt 30: Die Verweigerung der Rechtsstaatlichkeit verstößt gegen UN-Recht

Punkt 31: Die Gehorsamkeitspflicht wäre auch nach GG Art. 20 (4) beendet

Punkt 32: Die Weimarer Verfassung gilt weiterhin

Punkt 33: Handlungen für das Deutsche Reich in Geschäftsführung ohne Auftrag

Punkt 34: Die Erzwingung des deutschen Rechtsstaates ist Pflicht jedes Deutschen

Punkt 35: Zuständigkeit des BVerfG nach GG Art. 100 und 126

Punkt 36: BRD verweigert Rechtsweggarantien nach internationalem Recht

Punkt 37: Verfassungsinitiativen als Ausweg nach GG Art. 146, bzw. Völkerrecht

Die Parteien der Schwarz-Roten-Koalition als Ergebnis der Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag am 18.09.2005 haben auf das kurze Gedächtnis der durch ständige Geschichtsverfälschungen irregeführten Staatsangehörige des Deutschen Reiches gesetzt, um ihre Völkerrechtsverbrechen fortzusetzen. Ihre Wähler haben sie dabei schon immer getäuscht. Urkundsbeweis und Inaugenscheinnahme: Wahlplakate 1949 – Denn sie wissen, was sie tun! Wie das Deutsche Reich völkerrechtswidrig um seine Reichsgebiete betrogen werden soll!

Revision #1

Created 16 October 2025 03:29:31 by investigatione

Updated 16 October 2025 03:29:44 by investigatione